



Direktion für Inneres und Justiz

Münstergasse 2
Postfach
3000 Bern 8

+41 31 633 76 76
info.dij@be.ch
www.be.ch/dij

Skizzen, Gemälde und Schnappschüsse - Zielbilder der Gemeindefusionen

Zusammenfassung des Referates von Regierungsrätin Evi Allemann anlässlich des Politforums Thun vom 12. März 2022

Starke Gemeinden für einen starken Kanton

338 Gemeinden bilden das Fundament des Kantons Bern. Der Kanton ist an starken, leistungsfähigen Gemeinden interessiert, die ihre Aufgabe eigenverantwortlich, nahe an den Bürgerinnen und Bürgern und in der gebotenen Qualität erfüllen können.

Umfeld und Gesellschaft ändern sich stetig, was die Gemeinden vor grosse Herausforderungen stellt. Der Kanton unterstützt deshalb Reformbestrebungen der Gemeinden, um sie im Hinblick auf die Erfüllung ihrer Aufgaben zu stärken. Dafür stehen verschiedene Instrumente zur Verfügung, unter anderem die Förderung von Fusionen.

Zielbild Gemeindelandschaft

In seinem Bericht «Zukunft Gemeindelandschaft des Kantons Bern» vom 6. März 2019 an den Grossen Rat plädierte der Regierungsrat dafür, ein Gesamtkonzept für die zukünftige Gemeindelandschaft des Kantons Bern zu erarbeiten. Die künftige Gemeindelandschaft soll visualisiert werden. Es soll ein klares, ausgehandeltes, gemeinsames Zielbild der Gemeindelandschaft für den Kanton Bern entwickelt werden, das massgebend ist für die künftige Fusionspolitik.

Für die Fusionsförderung gilt auch künftig die Prämisse der Freiwilligkeit. Der Fokus soll aber vermehrt auf strategische Fusionen gelenkt werden: Neu wird die Einführung eines Zentrumsbonus geprüft, um strategische Fusionen attraktiver zu machen und zu fördern. Kleinstfusionen sind zwar weiterhin möglich, jedoch mit minimaler Unterstützung durch den Kanton.

Partizipativer Prozess mit den Gemeinden

Die Direktion für Inneres und Justiz (DIJ) und die Regierungsstatthalter/-innen haben für die Erarbeitung von Zielbildern einen partizipativen Prozess mit den Gemeinden gestartet. In Workshops werden die regionenspezifischen Bedürfnisse und Unterschiede erfasst. Das Ziel ist, homogene Einheiten für die künftige Fusionsförderung zu definieren, um ein Steuerungsinstrument für eine gezielte Fusionsförderung zu entwickeln. Bisher haben zehn von zwölf Workshops stattgefunden. Im Berner Jura ist aufgrund der speziellen politischen Situation eine alternative Form zum Einbezug der Gemeinden vorgesehen.

Erkenntnisse und Stimmungsbilder aus den Workshops

In den meisten Verwaltungskreisen haben die verschiedenen Arbeitsgruppen ganz unterschiedliche Zielbilder entworfen. Vergleicht man die Zielbilder zwischen den Verwaltungskreisen, so weisen sie aber mitunter Gemeinsamkeiten auf. So haben Arbeitsgruppen in verschiedenen Verwaltungskreisen etwa den Zusammenschluss in Grossgemeinden nach dem Modell des Kantons Glarus vorgeschlagen. Andere wiederum sahen den Status quo als beste Lösung. Auch grössere Gemeinden mit neuen Gemeindena-men oder neue Zentrumsgemeinden wurden vorgeschlagen. Mehrere Arbeitsgruppen erachten Fusionen nur entlang wirtschaftlicher und touristischer Verflechtungen als sinnvoll.

Aus den bisherigen Workshops kann noch kein abschliessendes Fazit gezogen werden. Das allgemeine Stimmungsbild zeigt, dass die Diskussionen überall sehr konstruktiv, teilweise aber auch kritisch verliefen. Kurzfristig bestehen kaum Absichten für grossflächige (strategische) Fusionen. Der Fokus liegt grossmehrheitlich auf der Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ). Insgesamt hat der Kanton wertvolle Inputs und Ideen von der kommunalen Basis erhalten, die es nun zu verarbeiten gilt.

Weiteres Vorgehen

Die Gemeinden werden zu den Ergebnissen aus ihren Workshops nochmals Stellung nehmen können. Die Ergebnisse aus sämtlichen Verwaltungskreisen werden bis im Frühling 2022 vorliegen. Die Gesamtauswertung und Aufbereitung der Synthese ist bis Ende August 2022 geplant. Parallel dazu läuft ein Gesetzgebungsverfahren, welches die Leitsätze und Umsetzungsaufträge des Grossen Rates beinhaltet (z.B. Definition des Zentrumsbonus als neues Anreizinstrument). Die Vernehmlassung dazu ist ab Oktober 2022 vorgesehen.

21.02.2022